

19. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Februar 1954

118/J

A n f r a g e

der Abg. K a n d u t s c h, K i n d l und Genossen  
an den Bundeskanzler,  
betreffend dauernde Zunahme der Arbeitslosenziffer.

-.-.-.-.-

Die starke Zunahme der Winterarbeitslosigkeit hat die breiteste Öffentlichkeit Österreichs alarmiert. Die Beteuerung, es handele sich hierbei um eine rein saisonbedingte Zunahme der Arbeitslosenziffer, vermochte<sup>deshalb</sup> nicht zu überzeugen, da nicht nur der Stand an Arbeitslosen während der Wintermonate zunahm, sondern auch der durchschnittliche Stand an Beschäftigungslosen während des letzten Jahres höher war als in jedem Jahre vorher.

Mit besonderer Sorge verfolgt die Bevölkerung die polemische Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien, hinter der sie mit Recht vermutet, daß die Haupttätigkeit der Koalitionsparteien mehr auf die Feststellung der Schuldfrage an der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt<sup>diesen</sup> gerichtet ist als um eine gemeinsame Bemühung, sozialen und wirtschaftlichen Notstand zu beseitigen. Von Sprechern beider Regierungsparteien wurden schwerste Anschuldigungen gegenüber dem Regierungspartner erhoben. So wurde behauptet, daß der Herr Finanzminister die zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit bereitgestellten Mittel nicht in dem Maße freigegeben habe, wie dies im Ministerrat beschlossen worden sei. Von anderer Seite wurde die Echtheit der Arbeitslosenziffer angezweifelt und der angebliche Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung als eine wesentliche Ursache der rapiden Zunahme der Beschäftigungslosenzahl bezeichnet.

Ein weiterer betrüblicher Umstand ist die Streitfrage innerhalb der Koalition, ob es sich bei der jetzigen Arbeitslosigkeit um nur eine saisonbedingte oder strukturelle handelt. Die Beantwortung dieser Frage ist kein akademisches Problem, sondern eine wichtige Voraussetzung für jene zukünftigen Maßnahmen, welche die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen zum Ziele haben müßten.

Da solche Dauerarbeitsplätze nicht in der Bauwirtschaft möglich sind, von der der Präsident des Gewerkschaftsbundes im vorigen Jahre behauptete, sie sei jetzt schon überdimensioniert, aber auch nicht in der Exportgüterindustrie, welche laut Feststellung des Wirtschaftsforschungsinstitutes nicht mehr erweitert werden kann, ist es klar, daß sie im Bereiche der Fertigungsindustrie und des Gewerbes liegen, die vorwiegend für den Binnenmarkt produzieren. Neben der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft ist es die Benachteiligung dieser Betriebe und des Gewerbes bei der Zuteilung von ERP-Krediten gewesen, welche die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkte schufen. Sie werden noch weiter anwachsen, wenn durch verstärkte Arbeitslosigkeit eine weitere Kaufkraftverminderung eintritt. Der Produktionsrückgang im letzten Jahre ist bereits eine Folgeerscheinung davon.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit:

1. dem Nationalrat Aufklärung über die Auffassung der Regierung zu geben, welche Umstände die Zunahme der Arbeitslosigkeit verursacht haben und welche Maßnahmen die Regierung zu ihrer Verringerung zu treffen plant, bzw.
2. wenn über diese Fragen keine einheitliche Auffassung zwischen den Regierungsparteien besteht, zu berichten, worin die Verschiedenheit der Meinung begründet ist und welche Möglichkeiten er als Regierungschef sieht, trotz dieser Divergenzen eine Besserung der Situation zu erreichen,
3. zu erklären, ob auch nach seiner Auffassung die Fälle des Mißbrauches der Arbeitslosenversicherung zahlreich sind, und wenn ja, was die Regierung zu tun gedenkt, diesen Mißbrauch zu unterbinden?

-.--.-.-.-.-.-